

Über die Gemeinde _____

An das
Landratsamt Schweinfurt
Schrammstr. 1
97421 Schweinfurt

Eingangsstempel der Behörde

Antrag auf

- Erteilung einer Erlaubnis für die Durchführung einer **Veranstaltung** auf öffentlicher Verkehrsfläche gemäß § 29 Abs. 2 Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Erlass einer **verkehrsrechtlichen Anordnung** gemäß § 45 StVO zur Durchführung einer Veranstaltungen

Antragsteller (Name, Vorname, Firmenbezeichnung, Anschrift)

Telefon:

eMail:

Vertreten durch (Name, Vorname)

Telefon:

eMail:

Verantwortlicher Leiter der Veranstaltung (Name, Vorname)

Telefon:

eMail:

Art, Anlass und Beschreibung der **Veranstaltung**

Beginn (Ort, Datum, Uhrzeit)

Ende (Ort, Datum, Uhrzeit)

Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer:

Fahrzeuge

Personen

Bezeichnung der in **Anspruch zu nehmenden Straßen/öffentl. Verkehrsflächen**; Umzugs-/Streckenverlauf (Lage- und Streckenplan liegt bei)

Dabei handelt es sich um Bundes-, Staats-, Kreis-, Gemeindestraßen.

Bezeichnung der Straße/n:

Auf welchen Flächen werden wie viele **Parkplätze** nachgewiesen? (Parkplatznachweis liegt bei)

Vollsperrung erforderlich? Ja Nein

Ort/Straße der Sperrung (Lageplan liegt bei):

Die **Umleitung** erfolgt über folgende Straßen (Umleitungsplan liegt bei):

Für den Erlass der **verkehrsrechtlichen Anordnung** liegen bei:

- Verkehrskonzept
- Verkehrszeichenpläne

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bzw. § 18 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrsordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des verantwortlichen Antragstellers

Stellungnahme Stadt / Markt / Gemeinde (Nichtzutreffendes bitte streichen) _____

Die Kommune stimmt der Veranstaltung zu. Es werden folgende Auflagen für erforderlich gehalten:

Die Kommune stimmt der Veranstaltung aus folgenden Gründen nicht zu:

Die Kommune vollzieht im Rahmen einer Sonderbaulastvereinbarung mit dem Straßenbaulastträger die verkehrsrechtliche Anordnung für die Veranstaltung.

Verantwortlicher (Name, Vorname)

Telefon mobil:

Die Sonderbaulastvereinbarung liegt als Anlage bei

wird nachgereicht

Ort, Datum

Unterschrift

Anlagen:

- Lageplan ggf. mit Streckenverlauf
- Parkplatznachweis mit Plan
- Vollsperrungs- /Umleitungsplan
- Verkehrskonzept
- Verkehrszeichenpläne
- Bestätigung der Versicherungsgesellschaft
- Sonderbaulastvereinbarung